

Antrag Nr. 21-F-55-0014

Die Linke

Betreff:

Sachstandsbericht über die Lage an den städtischen Schulen zum Schuljahreswechsel
-Antrag von DIE LINKE. Stadtfraktion vom 23.06. 2021-

Antragstext:

Nach den bevorstehenden Sommerferien beginnt für die Schüler*innen, ihre Eltern und die Lehrer*innen das dritte Schuljahr mit massiven negativen Auswirkungen durch Corona und die Folgen für den Unterricht und das gesamte schulische Leben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge angesichts dieser Situation berichten bzw. folgende Fragen beantworten:

1) Obwohl die Ständige Impfkommission (StiKo) keine generelle Impfung von Kindern und Jugendlichen empfiehlt, wurde die Priorisierung bei der Impfung aufgehoben und wird jetzt seitens politisch Verantwortlicher trotz zurückhaltender Bewertung von Fachverbänden die generelle Impfung von Minderjährigen propagiert. Was ist seitens der Landeshauptstadt Wiesbaden hinsichtlich der Impfung von Schüler*innen geplant? Inwieweit werden bei diesen Planungen die Schulen, die Schüler*innen- und Elternvertretungen sowie die Lehrer*innen und ihre Vertretungen einbezogen?

Welche Konsequenzen für den Schulbetrieb hat die Tatsache, dass es Geimpfte und Nicht-Geimpfte geben wird?

2) Was ist hinsichtlich der Testungen auf das Corona-Virus im Schulalltag geplant?

Welche Konsequenzen hat dies für den Personaleinsatz an den Schulen?

Welche Erfahrungen liegen mit den Testungen und dem sachgerechten Umgang mit den Tests vor (Qualifizierung für die Durchführung, korrekte Aufbewahrung und Entsorgung der Tests usw.)?

3) Da zu erwarten ist, dass voraussichtlich auch im kommenden Winter noch eine Ansteckungsgefahr durch das (mutierte) Corona-Virus gegeben sein wird, wird folgende Fragen gestellt: Wie weit ist die Ausstattung der Klassenräume mit Luftfiltern gediehen? Welche finanziellen Mittel wurden hierfür bereitgestellt und wieviel prozentual davon von Land oder Bund erstattet?

4) Die Probleme bei der Beförderung von Schüler*innen im ÖPNV und mit Schulbussen sind seit langem bekannt. Mit der Notwendigkeit angesichts der Ansteckungsgefahr entsprechende Abstände einzuhalten und angesichts der akuten Zuspitzung der Verkehrsproblematik durch den Wegfall des wesentlichen schienengebundenen Verkehrs und Sperrung von wichtigen Verkehrsachsen durch die Situation der Salzachtalbrücke sind besondere Maßnahmen erforderlich, um den Verkehr insbesondere nach Ende der Reisezeit, Rückkehr zur Arbeit in Präsenz und Unterrichtsbeginn nach den Ferien zu bewältigen. Wie sind die Schulen und das Schuldezernat bei der Verkehrsplanung eingebunden? Was ist konkret geplant?

5) Wie ist der konkrete Sachstand bei den einzelnen Schulen mit der digitalen Ausstattung der Schulen, auch mit Endgeräten für die Schüler*innen und Lehrer*innen? Wie hoch ist der Finanzierungsanteil von Land und Bund hierfür? Was ist der Stand hinsichtlich der Umsetzung des Medienentwicklungsplans? Inwieweit wurde bei der Ausstattung den gesundheitlichen Risiken durch elektromagnetische Wellen Rechnung getragen und IT-Verkabelung statt Ausstattung mit WLAN-Routern gewählt?

6) Welche Ergebnisse brachten die diesjährigen Verteilkonferenzen zum Übergang in die weiterführenden Schulen? Sind hierbei Effekte des Ausfalls von qualifiziertem Unterricht unter Corona erkennbar, insbesondere hinsichtlich der Anzahl von Schüler*innen, die eine Jahrgangsstufe wiederholen oder ihre Schule (ohne Abschluss) verlassen (müssen)? Welche Unterstützungen bietet die Stadt bis zum Schuljahresbeginn an, damit das schulische Scheitern bei

Antrag Nr. 21-F-55-0014

Die Linke

möglichst vielen Schüler*innen noch vermieden wird? In welchem Umfang wird es deshalb Ferienangebote auch der Stadt geben? Welche schulpolitischen Konsequenzen sollen gezogen werden?

7) Wie ist der Sachstand zur Erstellung des neuen Schulentwicklungsplans? Für wann sind die nächsten "Stationen" der Beteiligung geplant?

Wiesbaden, 23.06.2021